

30 Jahre BUND Hessen

Nun ist der Landesverband Hessen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) also 30 Jahre „alt“ – ein Grund zum Feiern, ein Grund zum Innehalten, ein Grund zum Zurückschauen.

Was ist passiert in diesen 30 Jahren?

Was war wichtig – was waren die prägenden Themen?

Was wurde erreicht, wo gilt es weiter zu machen?

Diese Chronik möchte Gedanken zu den genannten Fragen festhalten und dazu einladen, die vergangenen 30 Jahre Revue passieren zu lassen und zugleich zeigen, welche wichtige Rolle der BUND Hessen im landespolitischen Geschehen und vor Ort einnahm und weiterhin einnimmt.

Durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement der zahlreichen Aktiven ist die Tätigkeit des BUND von herausragender Bedeutung für Natur- und Umweltschutz in Hessen.

Beim „Eintauchen“ in die BUND-Geschichte fiel den an dieser Chronik Mitarbeitenden besonders die Vielseitigkeit der Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND in den letzten 30 Jahren auf. Wir haben versucht, möglichst viele Facetten dieser Arbeit einzufangen und Ihnen nahe zu bringen. Sicherlich sind aber nicht alle Bereiche in dieser Chronik abgedeckt; es bedurfte einfach eines gewissen Mutes zur Unvollständigkeit, damit diese Broschüre zustande kommen konnte.

So wünschen wir also allen am Natur- und Umweltschutz Interessierten eine anregende Lektüre und den an den einzelnen Projekten Beteiligten das ein oder andere „Ach ja“ beim Erinnern.

Jörg Nitsch (Vorstandssprecher)

Michael Rothkegel (Geschäftsführer)

Regine Müller (Mitarbeiterin)

1976

Am 15. Oktober 1976 in Frankfurt am Main fing alles an: Eine Initiativgruppe um Ruth Hofbauer, Gerhard Sitzer und Friedrich von Wangenheim hatte zur Gründungsversammlung eingeladen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Friedrich von Wangenheim gewählt, zu seinen Stellvertretern Walter Hess und Dieter Popp. Ein weiteres langjähriges Vorstandsmitglied war Gerhard Heidenfelder.

Parallel war das **Naturschutzzentrum in Wetzlar** gegründet worden. Ziel dieses Zentrums war und ist die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den im Umwelt- und Naturschutz tätigen Institutionen und Personen und deren Aus- und Weiterbildung. Der BUND Hessen begrüßte die Eröffnung dieses Zentrums sehr und arbeitete in der Folge mit ihm zusammen.

Aus „Natur und Umwelt“ 1/77 S. 27:

„Der Hessische Landesverband Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland ... ist gegründet.“

Das Bundesland Hessen erfordert aufgrund seiner hohen Bevölkerungszahl, seiner starken Industrialisierung und seiner hohen land-, forst- und wasserwirtschaftlichen Nutzung eine besonders fortschrittliche und intensive Umweltplanung.

Die Ausdehnung der Städte, das Anwachsen der Industrieviertel und die naturbezogenen Probleme müssen so gelöst werden, daß sie Schädigungen des ökologischen Gleichgewichts von vornherein ausschließen. Denn es kann heute nicht mehr genügen, die Folgen unserer technisierten Welt mit noch mehr Technik oder in einzelnen isolierten Aktionen zu bekämpfen, wie das zur Zeit der Fall ist.

Umweltschutz darf deshalb nicht nur darin bestehen, bereits aufgetretene Schäden zu reparieren, sondern er muß als vordringliche Zielsetzung haben, mögliche Schäden durch sinnvolle Planung von vornherein zu verhüten.

Deshalb wurde am Freitag, 15. Oktober 1976 in Frankfurt der Hessische Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland durch Herrn Dr. Herbert Gruhl, MdB, gegründet. Vorsitzender ist Herr von Wangenheim, Frankfurt."

Eines der ersten wichtigen Themen, die unter der Schirmherrschaft des neuen Landesverbandes in die öffentliche Diskussion gebracht wurden, ist heute noch so aktuell wie damals: Im Dezember 1976 tagten in Hanau 5 Interessengemeinschaften zum **Schutz des Wasserhaushalts im Hessischen Ried, im Vogelsberg und Spessart**. Sie machten darauf aufmerksam, dass Wasser ein begrenztes Gut ist, riefen zum sparsamen Verbrauch auf und stellten Alternativlösungen zur bis dahin üblichen Wasserwirtschaftspraxis vor (z.B. Trennung von Trink- und Brauchwassernutzung).

In diesem Jahr – dem ersten vollständigen Kalenderjahr des neuen Umwelt- und Naturschutzverbandes – wurden viele **organisatorische Fragen** geklärt, zum Beispiel die Entscheidungsbefugnisse der neu gegründeten Arbeitskreise, die sich mit Fachthemen auseinandersetzten, sowie der Verteilungsschlüssel der eingehenden Gelder auf Bundes- und Landesverband sowie regionale Gruppen.

Von Anfang an lagen die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte des BUND Hessen in der **Energiepolitik**, der **Verkehrspolitik**, der **Wasserproblematik**, den **Folgen der Chemisierung** für Luft, Wasser, Boden und Lebensmitteln, dem **Artenschutz** und der Umsetzung einer modernen, zukunftsgerichteten **Naturschutzpolitik**.

Wie in der ganzen Bundesrepublik (Wyhl, Brokdorf) und im Ausland spielten auch in Hessen die heftigen **Auseinandersetzungen über die Atomenergie** eine große Rolle, die sich hier besonders in der vehementen Ablehnung des AKWs Biblis manifestierten. So wurde am 16. März 1977 zusammen mit Bürgerinitiativen eine Veranstaltung zu Fragen der Atomenergie organisiert. Hauptredner war Dr. Gruhl, der das herkömmliche Konzept des Wirtschaftswachstums kritisierte und die Energiebedarfsprognosen der Regierung in Frage stellte. Dabei legte er dar, dass die Stromerzeugung durch Atomkraftwerke weder verantwortbar noch nötig ist. Gleichzeitig rief er zum Energiesparen in Haushalt, Industrie und Verkehr auf.

1977



Cover des Buchs „Rettet die Vögel“, das zu einer starken Erhöhung der BUND-Mitgliederzahl in dessen Anfangsjahren beitrug, da jedem Buch eine Karte mit Beitrittserklärung beigelegt war.

1978

Anfang 1978 wurde Henrich von Nussbaum zum neuen Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen gewählt. **Die Mitgliederzahl des „jungen“ Verbandes wuchs rasch – ebenso wie die Zahl der Orts- und Kreisverbände.** So hatten sich 1978 bereits Gruppen im Lahn-Dill-Kreis gegründet, im Odenwald, an der Bergstraße, in Groß-Gerau und in Limburg-Weilburg. Die neu gebildeten Orts- und Kreisverbände arbeiteten sich mit viel Engagement in die konkreten Natur- und Umweltschutzprobleme vor Ort ein. So gaben sie Informationsschriften, Resolutionen und Presseerklärungen heraus, z.B. im Rahmen der Auseinandersetzungen über Straßenbauprojekte (B 38 Odenwald, Brücke in Weilburg, B 277 in Dillenburg).

Zeitgleich waren erste **„grüne“ Listen und Parteien** entstanden. Dies führte zu eingehenden Diskussionen über die Form und Intensität, mit der der BUND Hessen diese unterstützen wollte. Man kam zu dem Fazit, sich nicht direkt parteipolitisch zu beteiligen, sondern Kandidaten aller Parteien, die konstruktiv im Umweltbereich tätig waren, zu unterstützen.

Im südhessischen **Mainhausen-Mainflingen** begann in dieser Zeit eine jahrelange Auseinandersetzung über eine **Sondermülldeponie**, die die Hessische Industriemüll-Gesellschaft dort bauen wollte. Nach zähem Widerstand erreichten der örtliche BUND, weitere Naturschutzgruppen und die Gemeinde auf dem Rechtswege, dass keine Sondermülldeponie angelegt wurde. Dies bedeutete einen großen Erfolg für die Gesundheit der Anwohner und für den Naturschutz. 2002 wurde der Standort sogar als Naturschutzgebiet ausgewiesen und damit auch für die Zukunft als Refugium für den in Europa

seltenen und mittlerweile dort brütenden Schwarzhalsstaucher gesichert. (Siehe auch Rubrik „2002“ in dieser Chronik.)



Naturschutz„objekt“ Schwalbenschwanz.
Foto: W. Bach, OV Frankfurt-West.



Auch die Pflege von Streuobstwiesen gehörte von Anfang an zu den Betätigungsfeldern der vielen BUND-Ortsverbände. Dieses Foto neueren Datums zeigt Mitglieder des OV Frankfurt-West bei der Entbuschung einer Wiese.
Foto: OV Frankfurt-West.

Für den BUND Hessen gab es 1979 zwei wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einem Verband mit rechtlich verankerten und organisatorisch realisierbaren Einflussmöglichkeiten: Gemeinsam mit 5 weiteren Naturschutzverbänden erhielt er die **Anerkennung nach §29 des Bundesnaturschutzgesetzes.** Zudem wurde in der Gemündener Straße in Frankfurt eine erste **Geschäftsstelle** bezogen.

Zuvor war auf der Jahreshauptversammlung in Offenbach mit **Reinhard Sander** ein neuer Vorsitzender gewählt worden, der den scheidenden Henrich von Nussbaum ablöste.

Aufgrund des neu erstellten **Bundesverkehrswegeplanes** lag der inhaltliche Schwerpunkt in diesem Jahr bei dem Thema Verkehr. Die Auseinandersetzungen damit waren sowohl grundsätzlicher Art (welche Zielvorstellungen hat der BUND für den Verkehr der Zukunft?) als auch praktischer Natur. So setzte sich die neugebildete Kreisgruppe Waldeck-Frankenberg schwerpunktmäßig mit dem geplanten Bau der A4 von Olpe zum Hattenbacher Dreieck auseinander, um ein Gegengewicht zur Lobby der Autobahnbefürworter zu bilden.

1979

1980

In diesem Jahr wuchs der BUND Hessen stürmisch. In fast allen Landkreisen hatten engagierte Mitglieder mittlerweile **Kreisverbände** gegründet und auch die Zahl der **Ortsverbände** stieg stetig an.

Um fachlich kompetenter argumentieren zu können, wurde auf Landesebene ein **wissenschaftlicher Beirat** gebildet, dem u. a. Dr. Neidhardt, Prof. v. Weizsäcker, Dr. Klaus Traube, Dr. Oeser und Henrich von Nussbaum angehörten.

Vor dem Hintergrund des „atomaren Amoklaufs“ der Regierung Börner/Karry verabschiedete die Mitgliederversammlung des Landesverbandes ein **energiepolitisches Grundsatzprogramm**, das sich an die Kernaussagen des Öko-Instituts in Freiburg anlehnte. Zugleich sprachen sich die Teilnehmer vehement gegen den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen und ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente aus.

Auch in das Gebiet der **Wasserpolitik** brachte der Landesverband seine Arbeit ein. Er lehnte den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf zur Änderung des Hessischen Wassergesetzes (HWG) entschieden ab, da in diesem die ökologische Funktion der Gewässer nicht berücksichtigt wurde.

Vor Ort konnte der BUND zusammen mit anderen Organisationen erreichen, dass der vieldiskutierte **Odenwaldzubringer** endgültig aus der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes gestrichen wurde.

Zur gleichen Zeit organisierte der BUND Rheingau-Taunus gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Freunde des Ernstbachtals“ den Widerstand gegen eine **Trinkwassersperr im Ernstbachtal**, die in dieser ökologisch sehr sensiblen Region geplant wurde. Als Alternative wurde zu einem sparsameren und rationellerem Umgang mit dem Lebensmittel Wasser aufgerufen.

1981

Zum herausragenden Erfolg des BUND Hessen und anderer Umwelt- und Naturschutzgruppen wurde 1981 die Verabschiedung des **Hessischen Naturschutzgesetzes**. Hessen war damit das zweite Bundesland (nach Bremen), in dem die **Verbandsklage** eingeführt wurde. Zudem enthielt das Gesetz einen Grundsatzkatalog mit dem Auftrag, die Natur in einem umfassenden Sinne als unsere Lebensgrundlage zu sichern und es ermöglichte die Bildung von Naturschutzbeiräten.

„**Kaufen ist der sicherste Naturschutz**“. Unter diesem Motto rief der BUND Hessen 1981 zu Spenden auf, um schutzwürdige Gebiete mit besonders bedrohter heimischer Fauna und Flora aufkaufen zu können.

Unter Mitwirkung von BUND-Mitgliedern wurden auf der **Bundesgartenschau** in Kassel naturnahe Formen der Gartengestaltung gezeigt.

Währenddessen organisierten die neun Ortsgruppen des Kreises Bergstraße eine **Umwelt- und Naturschutzwoche in Bensheim**, die umfangreiche Informationen zur lokalen Umwelt- und Naturschutzsituation bot.

In Nordhessen formierte sich derweil der Widerstand gegen eine **atomare Wiederaufbereitungsanlage**, zu deren Errichtung sich die hessische Landesregierung bereit erklärt hatte.

Das alles überragende Thema dieses Jahres bildete jedoch der Bau der **Startbahn West** am Frankfurter Flughafen.



14.11.1981: 28 Kisten mit über 220.000 Unterschriften zur Unterstützung des Volksbegehrens „Keine Startbahn West“ wurden vor dem Wiesbadener Innenministerium abgeladen.
Bildmitte: Reinhard Sander, Vorsitzender BUND Hessen.
Foto: Natur & Umwelt 1/82 S. 12.11.

Chronik Startbahn West

Von Anfang an von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt, verstärkte die rigorose Haltung der Landesregierung den Widerstand vor Ort. Der BUND Hessen und etwa 100 weitere Organisationen unterstützten die symbolische Bauplatzbesetzung und die Errichtung eines Hüttendorfes. Es kam zu großen Demonstrationen und zahlreichen Aktionen im Vorfeld der Kommunalwahlen am 22. März 1981.

Im Mai wurden ein Volksbegehren, ein Volksentscheid „Keine Startbahn West“ sowie ein Umweltribunal vorbereitet, das die Landesmitgliederversammlung und der Vorstand sowie die örtlichen BUND-Gruppen mit viel Engagement unterstützten.

Währenddessen ordnete Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry den sofortigen Vollzug des Baus der Startbahn 18 West an. Dessen Aufhebung beantragte der BUND Hessen Ende September, da die wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen waren. Als „Antwort“ wurde am 6. Oktober der erste Teil des geplanten Bauplatzes („7-Hektar-Gelände“) geräumt und der darauf stehende Wald abgeholzt.

Am 14.11. konnte mit der Abgabe von über 220.000 Unterschriften zum Volksbegehren und Volksentscheid eine beeindruckende Demonstration des Bürgerwillens gezeigt werden. Dennoch gingen die Bauarbeiten weiter und auch das erste Hüttendorf sowie später errichtete Dörfer wurden geräumt.



Übergabe der Unterschriften zum Volksbegehren gegen die Startbahn West.
Links: Ein Vertreter des Innenministeriums quittiert die übergebenen Ordner.
Rechts: Alexander Schubart, Reinhard Sander, Dirk Treber.
Quelle: Rudi Hechler.

Um fachlich tiefgehender arbeiten zu können, hatten sich bereits in den vorhergehenden Jahren die ersten Arbeitskreise zu speziellen Themen gebildet. 1982 vergrößerte sich deren Zahl noch und es existierten nunmehr **Arbeitskreise** zu den Themen **Energie, Verkehr, Luft, Wasser, Landwirtschaft, Waldwirtschaft, Natur- und Artenschutz** und **Technischer Umweltschutz**, die u. a. Stellungnahmen und Grundsatzprogramme erarbeiteten.

In Kassel wurde in diesem Jahr eine **Geschäftsstelle für Nordhessen** eingerichtet.

Die Auseinandersetzungen um die **Startbahn West** gingen auch in diesem Jahr weiter, wenngleich die „vollendeten Tatsachen“, die die hessische Landesregierung schaffen ließ, zu immer mehr Ohnmacht, Wut und Rückzug bei der betroffenen Bevölkerung und den sich engagierenden Verbänden führten.

Am 23.10.82 fand in Alsfeld eine Fachtagung des BUND Hessen zum Thema **„Bauen und Bewahren auf dem Land – Dorferneuerung in Hessen“** statt, die das Interesse auf den ländlichen Raum und die Erhaltung von traditionellen Baustrukturen lenken wollte.

Am 23. Januar 1983 wurde in Wetzlar die **BUNDjugend** von 27 Jugendlichen gegründet. Sie erhielt ganz ordentlich eine Satzung, einen Landesjugendvorstand mit Jörg Nitsch als erstem Landesjugendsprecher und gab gemeinsam mit weiteren hessischen Jugendnaturschutzverbänden die Zeitschrift „Biber“ heraus. Im lokalen Bereich wurden Jugendgruppen auf Orts- und Kreisverbandsebene gebildet.



Der **„Biber“** erschien von 1983 bis 1993 mit 35 Ausgaben. Ab 1996 wurde dann der **„Grüne Faden“** herausgegeben, der 1999 durch das **„Aktiv-Info“** abgelöst wurde. Dies erscheint bis heute 4–5 mal im Jahr und bringt Informationen über die Aktivitäten der BUNDjugend und Tipps zum Umweltschutz. Ergänzt wird es seit 2004 durch den **„Newsletter“**, der unter www.bundjugendhessen.de abonniert werden kann.

1983

1983 rückte bundesweit das Thema **Waldsterben** ins öffentliche Bewußtsein. In Hessen wurden 5.000 bis 10.000 ha Wald als mehr oder minder stark geschädigt eingestuft, erste Anzeichen einer Schädigung lagen bei weiteren 50.000 bis 100.000 ha (ca. 12% der hessischen Wälder) vor, wobei insbesondere Nadelbäume betroffen waren. Der BUND erhob deshalb folgende Forderungen: Reduzierung der Grenzwerte für Schwefeldioxid, Fluorchlorkohlenwasserstoffe und Schwermetalle, wirksame Abluftreinigungsmaßnahmen wie Rauchgasentschwefelungsanlagen, Entwicklung und Einsatz von Wirbelschichtkraftwerken und Fernwärmekonzepten, Einführung von bleifreiem Benzin, Energieeinsparung, stärkere Nutzung regenerativer Energiequellen. Um Druck auf die Politiker zu machen, startete der Landesverband gemeinsam mit anderen Natur- und Umweltschutzorganisationen den „Hessischen Aufruf gegen das Waldsterben“.

Ebenfalls in diesem Jahr erließ Hessens Umweltminister Schneider – angeregt durch Initiativen des BUND – die neuen ökologisch orientierten Maßstäbe für die **Behandlung unbebauter Flächen**. Danach durften Kommunen auf solchen Flächen nur mechanische Eingriffe anordnen, jedoch nicht die Anwendung von Pestiziden.

Auch diesen Erdkröten und anderen Amphibien galt die BUND-Kampagne „Rettet die Frösche“.
Foto: G. Rauch, OV Frankfurt-West.

Auch das Motto „Kauf ist der beste Naturschutz“ wurde 1983 weiterverfolgt. Eine 1982 in Hessen erstmals durchgeführte Haussammlung ermöglichte den **Kauf oder die Pacht** weiterer **schutzwürdiger Gebiete** (z. B. der ehemaligen Schafhute im Raum Fritzlar, eines Großseggenriedes bei Bad Soden, u.v.a.).



Außerdem wurde die BRD-weite BUND-Aktion **„Rettet die Frösche“** auch in Hessen lokal (z. B. durch den Ortsverband Weiterstadt) umgesetzt, wobei es in erster Linie galt, Laichgewässer von Amphibien zu sichern bzw. neu anzulegen.

Weiterhin engagierten sich die hessischen BUND-Arbeitskreise stark. So entwarf der Arbeitskreis Verkehr das Modell **„Hessen im Stundentakt“** für den Schienenpersonenverkehr, das die Bahn auch auf dem „flachen Land“ wieder attraktiv machen wollte.

Ende 1983/Anfang 1984 wurden zwei **neue BUND-Arbeitskreise** mit den Schwerpunkten **„Stadt- und Dorferneuerung“** beziehungsweise **„Recht“** gegründet. Der Arbeitskreis „Recht“ bot 1984 und in den folgenden Jahren Schulungsseminare an, um die überwiegend aus dem naturwissenschaftlichen Umfeld stammenden Aktiven des BUND in Bezug auf juristische Fragen zu informieren.

Auch in diesem Jahr war das Thema Waldsterben in aller Munde. In Hessen wiesen mittlerweile 14% der Wälder Schädigungen auf (Schadensstufe 1 bis 3). Der BUND verstärkte seine Aktionen und rief das Programm **„Rettet unsere Wälder“** mit den bereits 1983 angesprochenen Forderungen ins Leben.

Am 12.04.1984 mussten die betroffene Bevölkerung, die Natur und die Umweltverbände einen herben Rückschlag hinnehmen: Die **Startbahn 18-West** wurde in Betrieb genommen. Das während der Auseinandersetzungen zugesagte Nachtflugverbot wurde nicht eingeführt. Damals versprach Holger Börner auch, dass kein Baum mehr für den Flughafen fallen solle. Was von solchen Zusagen zu halten ist, sieht man an den heutigen Plänen der maßgeblichen Landespolitiker zur Flughafenerweiterung.

Aber 1984 zeigte auch, dass das zähe „Bohren dicker Bretter“ Erfolg haben kann: Der BUND erreichte **Erfolge im Wasserbau** durch langwierige „Klein“arbeit. 1980 hatte der BUND Hessen der Landesregierung Änderungsvorschläge zur Novellierung des Hessischen Wassergesetzes unterbreitet. Daraufhin legte 1981 der Deutsche Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau (DVWK) einen Entwurf über „Empfehlungen zur Beachtung ökologischer Aspekte bei Ausbau und Unterhaltung von Fließgewässern“ vor, zu denen der BUND eine umfangreiche Stellungnahme erarbeitete. 1982 wurde auf diesen Grundlagen vom hessischen Umweltminister Karl Schneider eine

1983

1984

1984

verbindliche Richtlinie herausgegeben, die eine vollständige Abkehr von der bisherigen Wasserbaupraxis bedeutete. Nachdem sich herausstellte, dass untergeordnete Behörden der Umsetzung dieser Richtlinie in die Praxis Steine in den Weg legten, wies der Minister zusätzlich die Wasserbehörden an, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. 1983 wurde zudem das Programm „naturnahe Gewässer“ aufgestellt, mit dem die Renaturierung der ausgebauten Fließgewässer als gesetzlicher Auftrag langfristig gesichert werden sollte. Dies ermöglichte 1984 die Entwicklung der BUND-Kampagne „Rettet die Bäche“ (s.u.).

Ein weiterer erst langfristig wirkender Erfolg wurde 1984 eingeleitet: Der hessische BUND-Arbeitskreis „Technischer Umweltschutz“ stellte als Vorreiter das Modell „**Umweltschonende Abfallwirtschaft**“ vor. Es enthielt folgende Forderungen: organische Abfälle privat zu kompostieren oder in einer „grünen Tonne“ zu sammeln, die Trennung und Verwertung von weiterem Abfall wie Glas, Papier und Metall, die Rücknahme von Altöl, Batterien, Medikamenten und anderem durch Tankstellen beziehungsweise Einzelhandel und Apotheken sowie die Einrichtung und Ausweitung von öffentlichen Sammelstellen für Sondermüll. Viele Punkte dieses Modells wurden wesentlich später nach und nach in Hessen eingeführt, so 1991 das flächendeckende Sammeln von Bioabfällen und deren Kompostierung. Dies trägt heute zu einer beträchtlichen Verringerung der Restmüllmenge und den dafür benötigten Deponien bei (die zwischenzeitlich gar nicht mehr zugelassen sind!).

Außerdem legte das Hessische Umweltministerium 1984 eine „**Wasserbilanz Rhein-Main**“ vor und verzichtete – wie vom BUND gefordert – auf das Erschließungsprojekt Ernstbachtalsperre.

*Trennung und Wiederverwertung von Abfall sind ein Schritt in Richtung Müllreduktion. Priorität jedoch sollte die Vermeidung von Abfällen haben – Stichwort „Mehrweg statt Einweg“.
Hier: Glas-Sammelstelle Frankfurt-Osthafen.
Foto: Regine Müller.*



1985 zog die **Landesgeschäftsstelle** innerhalb von Frankfurt um, und zwar von der Gemündener Straße in die **David-Stempel-Straße 1**. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch eine relativ hohe Fluktuation unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, neben anderen Angestellten führten Doris Fehse und Margarete Macharia die mittlerweile verstärkt anfallende Büroarbeit aus.

In diesem Jahr wurde die Kampagne „**Rettet die Bäche**“ auf Initiative des Arbeitskreises Wasser ins Leben gerufen. Orts- und Kreisverbände übernahmen in der folgenden Zeit zahlreiche Bachpatenschaften und trugen damit zur Verwirklichung der neuen naturverträglichen Wasserwirtschaftsrichtlinien bei.



*„Rettet die Bäche“ – wie man oben sieht, eine bitter notwendige Kampagne.
Fotos: BUND-Landesgeschäftsstelle.*



In Zusammenhang mit diesem Thema hatte der BUND Hessen bereits 1984 zum Fotowettbewerb „Lebensraum Bach – Erhaltung – Gestaltung – Gefährdung“ aufgerufen. Es beteiligten sich erfreulich viele Teilnehmer, so dass der Jury die Preisverleihung – insbesondere für den Sonderpreis der Stiftung Hessischer Naturschutz – schwerfiel.

1985

Zugleich wurde auf Anregung des BUND die **Waldbewirtschaftung** im Einflussbereich von Fließgewässern durch das hessische Naturschutzministerium grundsätzlich neu geregelt. Insbesondere Waldpflanzengesellschaften, denen eine hohe landschaftsökologische und wasserwirtschaftliche Bedeutung zukommt (Quellgebiete, Bruchwälder u.a.), wurden unter Schutz gestellt bzw. neu angelegt.

Doch der BUND Hessen wies in diesem Jahr auch darauf hin, dass Naturschutz nicht abseits der Felder und Äcker auf 0,6% der Restflächen betrieben werden darf. Er forderte, „daß die Landwirtschaft als lebensnotwendiger Wirtschaftszweig für die Gesamtbevölkerung wieder in die Lage versetzt werden muß, krisensicher und nachhaltig gesunde Nahrung in einer gesunden Umwelt zu erzeugen. Nur eine **ökologisch verträgliche Landwirtschaft** kann diesen Beitrag für die Gesellschaft leisten und unsere Lebensmittel sauber halten und gleichzeitig für eine Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten sorgen“ (Natur & Umwelt, 4/85, S.16.8).

1986



Ein noch intakter Mischwald im Hintertaunus.
Foto: Regine Müller.

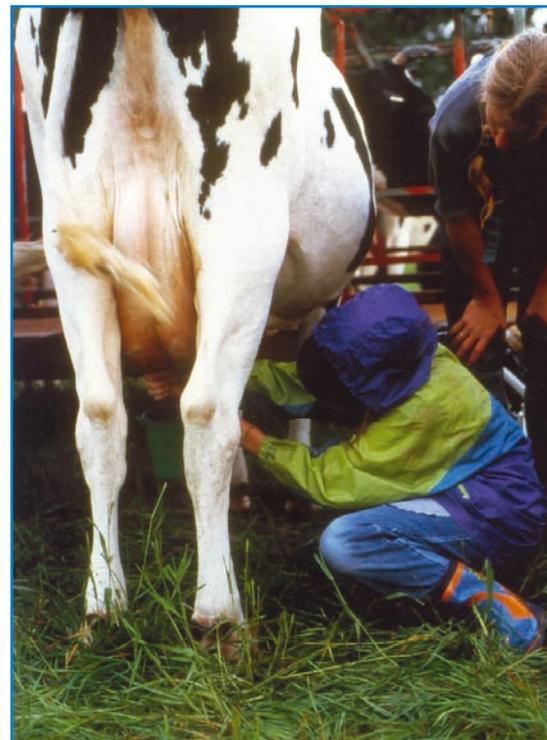
Um auch mit der stark gestiegenen Mitgliederzahl noch entscheidungsfähig zu bleiben, hatte 1985 eine außerordentliche Mitgliederversammlung das **Delegiertenprinzip** für Hessen eingeführt. Die erste Landesdelegiertenversammlung fand am 22.03.1986 in Hofheim/Taunus statt.

Neben dem inhaltlich weiterhin aktuellen Thema **Waldsterben**,

fürten der Unfall von **Tschernobyl** und seine Folgen zu wieder neuerstarkten Forderungen nach dem Ausstieg aus der Atomwirtschaft. In Hessen bedeutete dies konkret: Abschalten des AKWs Biblis und Versagen der Betriebsgenehmigung für die Hanauer Nuklearbetriebe sowie für neue Kernkraftwerke.

1987

In Nordhessen wurde 1987 eine neue Geschäftsstelle - nunmehr in eigenen Räumen - eingerichtet, und zwar in Kassel, in der Parkstraße 44.



Auf Veranstaltungen der BUNDjugend können Kinder und Jugendliche Zusammenhänge zwischen Natur- & Umweltschutz, ökologischem Landbau und gesunder Ernährung praktisch erfahren, hier beim Kühe melken auf dem Hutzelberghof (bei Bad Sooden-Allendorf).
Foto: BUNDjugend.

Nachdem 1986 bereits der 1. Hessische Umwelttag des BUND in Bensheim stattgefunden hatte, wurde 1987 der **2. Hessische Umwelttag in Bad Hersfeld** zum Thema „Wohlstand und Umwelt“ veranstaltet. Der BUND Hessen wollte damit Bürger und Politiker zur kritischen Reflexion über die Ziele und Werte unserer Gesellschaft herausfordern.

Auf juristischem Wege konnte 1987 der Leiter des hessischen Arbeitskreises Recht, Matthias Möller, einen Erfolg erringen: Mit Unterstützung des Öko-Institus Darmstadt gelang es ihm, die Emissionswerte, die nach der Errichtung einer **Rauchgasentschwefelungsanlage für das Kraftwerk Staudinger** in Krotzenburg vorgesehen waren, drastisch zu reduzieren (z.B. Schwefeldioxid um die Hälfte).

In diesem Jahr überschritt die **Mitgliederzahl** des Landesverbandes des Hessen die beeindruckende Zahl von **10.000**.

Das Jahr 1988 stellte auch das Jahr des **personellen Wechsels** dar: Der Geschäftsführer des BUND Hessen, Dieter Popp, der zugleich Gründungsmitglied gewesen war, wechselte in die Verwaltung des Biosphärenreservats Rhön. An seine Stelle trat Thorwald Ritter, der dieses Amt ehrenamtlich ausübte. Sein Nachfolger – als dann hauptamtlicher Geschäftsführer – wurde noch im gleichen Jahr Michael Rothkegel; Wohlrad Lang kümmerte sich nun um Marketing und den Finanzbereich. 1988 und 1989 arbeitete der ehemalige Landesjugendsprecher Jörg Nitsch hauptamtlich auf dem Gebiet des Naturschutzes. 1990 löste ihn Thomas Norgall als Naturschutzreferent ab. Zusammen mit der bereits in der Geschäftsstelle tätigen Margarete Eltze und wechselnden Zivildienstleistenden war damit das Team der Landesgeschäftsstelle für die kommenden Jahre komplett.

Im Rahmen der inhaltlichen Arbeit verstärkten sich 1988 die Diskussionen über einen **Nationalpark in Hessen**. Wo könnte ein solcher Park ausgewiesen werden? Welche Nutzung – auch touristischer Art – sollte erlaubt sein, welche nicht? Der BUND Hessen hatte bereits in den Vorjahren angeregt, in Nordhessen einen Buchen-Nationalpark zu schaffen. Nach zeitweilig großer Unterstützung durch hessische Politiker wurde das Projekt dann doch von der Landesregierung wieder aufgegeben.

In Hanau ermöglichte die Landesregierung zur gleichen Zeit den Weiterbetrieb von **NUKEM und ALKEM** mit Hilfe von Vorabgenehmigungen. Der BUND Hessen versuchte juristischen und politischen Widerstand dagegen zu leisten – ebenso wie gegen die von Umweltminister Weimar ins Gespräch gebrachte **Müllverbrennungsanlage in Wölfersheim** (Wetteraukreis).

Ein Ausschnitt aus dem Neuen Hessischen Landboten zum Thema Hanauer Atombetriebe. Aus: Natur & Umwelt 3/88 S. 12.7.

Legal, illegal,

...

Hauptsache es geht weiter in Hanau

Über die Änderung des Atomgesetzes hat sich schon mancher geärgert. Schon der ehemalige Wirtschaftsminister Karry hat dies als eine Behinderung für die Atomindustrie empfunden und beim Bundesinnenministerium das Gespenst der Abwanderung der Betriebe von Hanau weg ins Ausland beschworen. Aber irgendwie hat er dies verhindert und seinen Beamten Frank und Thurmann schon Wege ermöglicht, die den Weiterbetrieb und zahlreiche Änderungen in Hanau ermöglichen.

Nach § 7 Atomgesetz sollten die Hanauer Atombetriebe (wie alle Atomkraftwerke) in einem öffentlichen Verfahren eine Genehmigung einholen. Ein Jahrzehnt aber warteten die Bürgerinitiativen vergeblich auf den Erörterungstermin und auf öffentliche Auslegung und Akten-

einsicht. Nach § 9 Atomgesetz wurde in Hanau weitergewirtschaftet – ohne Öffentlichkeitsbeteiligung, als handele es sich bei der Verarbeitung von Pellets um Kekse.

Damit aber die Produktion effizienter betrieben werden konnte, mußten zahlreiche betriebliche Änderungen von den Wiesbadener Beamten gebilligt werden. Das Hanauer Landgericht hat diese sogenannten „Vorabzustimmungen“ als illegal erklärt. Sie hätten der öffentlichen Erörterung vor Erteilung der Genehmigung bedurft. Irgendwie konnte das Gericht aber nicht eine bössartige, gesetzesmißachtende Absicht den Angeklagten Frank, Thurmann und Hecker nachweisen und ließ die Personen auf freiem Fuß. Nun aber kam ein anderer in Schwierigkeiten, Sprinter Weimar, der versprochen hat, daß Recht und Ordnung erbarmungslos durchgesetzt werden sollen, hatte nun zahlreiche illegale „Vorabzustimmungen“ der NUKEM und ALKEM auf dem Tisch. Nach einigen Fehlstarts und kurzfristigen Schließungen ersann er eine neue Variante und preschte damit vor: „Vorabzustimmungen“ heißen jetzt bei Umweltminister Weimar „Teilgenehmigungen“. Ein paar Vorabzustimmungen wurden kassiert (solche, die den Weiterbetrieb nicht stören) und andere, wie z. B. die „modernere Konversion“ und die „Brennstablinie I“ der ALKEM-alt dürfen – ohne Beteiligung der Öffentlichkeit an einem Genehmigungsverfahren – der Firma von Nutzen sein.



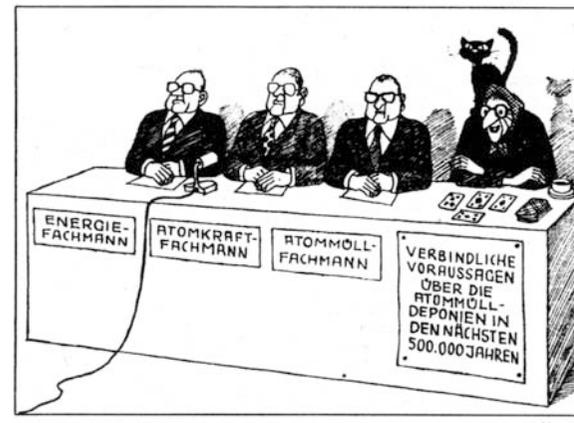
Da müßte eigentlich der Staatsanwalt hellhörig werden, denn so was an Etikettenschwindel hatten ja schon andere vor Weimar versucht oder geduldet. Selbst die Hanauer Atomfirmen regt das auf, wenn man ihnen ihre schönen Vorabzustimmungen wegnimmt. Wie die Bürgerinitiative haben auch sie sich – allerdings aus umgekehrtem Grund – bei den Gerichten gemeldet.

Weimar weiß, daß der Staatsanwalt, sollte er die Sache aufgreifen, seine zwei, drei Jahre braucht, um den jüngsten Kniff aus Wiesbaden als illegal zu enttarnen. Dann aber wollen ALKEM und NUKEM eh dicht machen und ihre Altfabriken aufgeben oder in neue – nach öffentlichem Verfahren genehmigte – Anlagen umziehen.

Karry, Hoffie, Steger, Weimar – die Minister kommen und gehen wieder, doch zuvor wetteifern sie bei der Erfindung neuer juristischer Begriffe, die das Atomgesetz nicht kennt, um eines zu erreichen: Die Brennstabproduktion muß weitergehen, die tödliche Spirale vom Uranabbau bis zum (noch zu findenden) Endlager soll strahlen. Die Freunde der Atomkraft nennen es einen Kreislauf, andere meinen es sei ein Sumpf oder eine Sackgasse, in welche uns der Umweltminister mitsamt der Atomindustrie führt.

War seine Wahl nun eine Vorabzustimmung oder eine Teilgenehmigung mit öffentlicher Beteiligung für die Hanauer Betriebe? Oder gibt es sowas wie einen Amteid für die Einhaltung der Gesetze und den Einsatz für das allgemeine Wohl?

Thorwald Ritter



Vorwärts

1988

Um positive Alternativen auf dem Energiesektor vorzustellen, veranstaltete der BUND zusammen mit Energiewendegruppen und dem DGB 1988 in Seeheim-Jugenheim und 1989 in Idstein die **Hessischen Energietage**. Mit Hilfe von Ausstellungen, Vorträgen und Foren zu den unterschiedlichsten Bereichen wie „rationelle Energienutzung“, „Energieeinsparung“ und „Nutzung alternativer Energien“ wurden Argumente für eine andere Energiepolitik vorgebracht und Schritte für ihre praktische Umsetzung zu Hause, im Betrieb und in der Gemeinde gezeigt.

1989

Nach 10 Jahren gab der Landesvorsitzende Reinhard Sander 1989 sein Amt ab. Die Landesdelegierten dankten ihm herzlich für seine hervorragende Arbeit und wünschten ihm alles Gute für die Zukunft. Zum neuen Vorsitzenden wurde Sanders bisheriger Stellvertreter **Eckhard Engert** gewählt.

Um in der internationalen Umweltbewegung mitwirken zu können, wurde der BUND Deutschland in diesem Jahr der deutsche Vertreter von **Friends of the Earth International**.

Im Rahmen der Landesdelegiertenversammlung verlieh der BUND im April 1989 erstmals seinen „**Umwelthammer**“. Preisträger dieses „Negativ-Wanderpreises“ wurden Ministerpräsident Walter Wallmann und sein Kabinett aufgrund ihrer Vernachlässigung des Umwelt- und Naturschutzes in Hessen.



*Der Vorstand und Mitarbeiter des Landesverbandes 1989 auf einer Klausurtagung im Odenwald. Von links: Walter Raiss, Karl Kerschgens, Susanne Lang (BUNDjugend), Dieter Kellermann, Wolfgang Wenzel, Jürgen Roth, Volker Rothenburger, Annegret Grafen, Michael Rothkegel (Geschäftsführer), Eckhard Engert, Brigitte Martin, Thomas Norgall.
Foto: BUND-Landesgeschäftsstelle*

1989

Wichtigstes Thema im Frankfurter Raum bildete in diesem Jahr die **Bundesgartenschau im Niddatal**. Auch eine Sammlung von 50.000 Unterschriften konnte nicht verhindern, dass das ehemals schutzwürdige Gebiet ausgeräumt und in eine Kunstlandschaft verwandelt wurde.

In Südhessen wurde derweil die **Sondermüllverbrennungsanlage von Biebesheim** zum Schwerpunkt der Arbeit. Die Hessische Industriemüll GmbH (HIM), Betreiberin der Anlage, plante einen zusätzlichen neuen Verbrennungsofen, um bis zu 100 kg PCB und PCT pro Stunde verbrennen zu können. Dagegen wehrten sich mit großer Vehemenz die Mitglieder des BUND-Ortsverbands Riedstadt sowie weitere Bürgerinitiativen aus der Umgebung.

I990 fand die Mitgliederversammlung in Kassel statt. Gastredner Ilja Weiss, Tierschutzbeauftragter des Landes Hessen, hielt in seinem Referat zum Thema „**Gentechnik und Tierversuche**“ ein eindringliches Plädoyer für mehr Sensibilität gegenüber unseren leidensfähigen Mitgeschöpfen.

Das Jahr 1990 stand im Banne der deutsch-deutschen politischen Veränderungen. Die Öffnung der Grenze hatte auch Auswirkungen auf die Arbeit des BUND Hessen. Bereits bestehende Kontakte zu DDR-Umweltgruppen wurden intensiviert und ein „**Hessisch-Thüringisches Umweltprojekt**“ ins Leben gerufen. Der ehemalige Grenzstreifen zwischen beiden deutschen Staaten und der Sperrbereich auf DDR-Seite bildeten ein in Deutschland einmaliges Biotop, das es zu schützen galt. Vom Bund Naturschutz (bayrischer Landesverband des BUND) wurde das Projekt „**Grünes Band**“ ins Leben gerufen, an dem sich der hessische und weitere Landesverbände im Laufe der kommenden Jahre beteiligten.

1990

1990

In Hessen gab es in diesem Jahr für den Umweltschutz – aber auch die Paläontologie – einen großen Erfolg: Die hessische Landesregierung rückte von ihrem Plan ab, die **Grube Messel** (Südhessen) mit Müll zu verfüllen. In der Grube, in der ursprünglich Ölschiefer abgebaut worden war, hatte man wertvolle Fossilien entdeckt. Der BUND hatte daraufhin eine örtliche Bürgerinitiative in den Zielen unterstützt, die Grube zu schützen und Müll zu vermeiden – als Alternative zur Errichtung zusätzlicher Mülldeponien. Heute ist die Grube Messel eine wichtige Forschungsstätte für Paläontologen und wurde 1995 sogar als Naturerbe in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen.

1991

Zum 15-jährigen Bestehen des **BUND Hessen** organisierte der Landesverband 1991 eine Sommerakademie mit dem Thema „Klimaschutz und Stadtökologie“. Neben Vorlesungen und Diskussionen bildeten Musik- und Kabarett Darbietungen Teile des umfangreichen Programms.

1991 wurde die **Rhön zum Biosphärenreservat** erklärt. Der BUND und andere Naturschutzorganisationen trugen zur Planung und Gestaltung der dortigen Verbindung von Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus bei, die zu einer nachhaltigen Stärkung der Region führten (siehe auch unter „1997“).



Landschaft in der 1991 zum Biosphärenreservat erklärten Rhön.
Foto: Regine Müller.

1991

Anfang 1991 konzentrierten sich die Aktivitäten auf die bevorstehende Landtagswahl und die zeitgleich durchgeführten Volksabstimmungen, unter anderem über die **Aufnahme des Umweltschutzes in die hessische Verfassung**. Der BUND Hessen rief damals nach ausführlicher innerverbandlicher Diskussion die Wähler und Wählerinnen zu einem Nein auf, da der vorgelegte Formulierungsvorschlag keinerlei Fortschritte gegenüber der bis dahin gültigen Regelung brachte. Der Landesverband vertrat die Ansicht, dass nach einer breiten öffentlichen Diskussion über einen weitergehenden Vorschlag abgestimmt werden sollte.

Nach den Landtagswahlen legte der neue Umweltminister Fischer **ALKEM und NUKEM** in Hanau aufgrund nicht erfüllter Auflagen still. 1994 kamen die Betreiberfirma Siemens und die Energieversorgungsunternehmen überein, die Produktionsanlagen aufzugeben und zu demontieren.

1992 zog die **Landesgeschäftsstelle** erneut um, diesmal nach **Mörfelden-Walldorf** in die Kelsterbacher Str. 28. Bei der BUNDjugend nahm im gleichen Jahr die hauptamtliche Mitarbeiterin Sabine Wolters ihre Arbeit als Jugendbildungsreferentin auf.

Eine **außerordentliche Delegiertenversammlung** des BUND Hessen in Gießen brachte im Herbst des Jahres neuen Schwung in wichtige innerverbandliche und inhaltliche Diskussionen. In verschiedenen Gesprächsrunden wurde über die Motivation von Aktiven und Neulingen, die Sinnhaftigkeit der Arbeit nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes, organisatorische Probleme in einem großen Umweltverband und Zukunftsperspektiven debattiert.

Vom 17. bis 22. September 1992 fand in Frankfurt der **zweite Deutsche Umwelttag** unter dem Motto „Europolis – Europa in der Welt“ statt. An dieser Großveranstaltung nahmen die Umweltverbände mit teil, kritisierten sie aber auch heftig wegen des Übergewichts der Wirtschaftsorganisationen, die dort nur Imagepflege betrieben.

1992

1992

Die „Fliehenden Bäume“ des Bildhauers Bernd Moenike, die auf dem Deutschen Umwelttag in Frankfurt stumm um Hilfe für den Wald riefen. Quelle: Natur & Umwelt 2/93.



In etwas kleinerem Rahmen, aber dafür mit großem lokalen Erfolg, wurden im Oktober die **Hersfelder Klimaschutztage** durchgeführt. Auf dem Programm, das vom ortsansässigen Kreis- und Ortsverband gemeinsam mit den Stadtwerken von Bad Hersfeld zusammengestellt worden war, standen Vorträge, Exkursionen und eine Messe, auf der Bewährtes und Neues zum Thema Energieeinsparung gezeigt wurde.

1993

Im März 1993 fand die jährliche Delegiertenversammlung in Rüsselsheim statt. Sie beschloss eine Satzungsänderung, durch die u. a. die Zahl der StellvertreterInnen des/der Vorsitzenden erhöht wurde. Zum neuen Vorsitzenden wurde Eberhard Best gewählt. Zudem wurde das **Grundsatzprogramm „Global denken – lokal handeln“** verabschiedet, in dem der BUND Hessen die Mitwirkung



Landesdelegiertenversammlung in Rüsselsheim. Foto: Volker Rothenburger.

der Naturschützer bei *allen* umweltrelevanten Genehmigungsverfahren forderte.

„Manche Totgesagte leben länger“: Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages hatte die mittlerweile verstaubten Pläne zum Bau einer **Autobahn durch das Rothaargebirge** (zwischen

Olpe und dem Hattenbacher Dreieck) wieder aus der Versenkung geholt. Der BUND Hessen, der Landesverband Nordrhein-Westfalen und weitere Naturschutzgruppen protestierten 1993 mit Erfolg gegen diese Bauabsichten, die wertvolle und bereits geschützte Landschaften unwiederbringlich zerstört hätten.

1993

Leider lassen gegenwärtig Wirtschaftsverbände eine Machbarkeitsstudie für eine neue Trasse der A4 erstellen, die eventuell nicht durch das Rothaargebirge, dafür jedoch durch das westhessische Bergland verlaufen könnte. Hier wären ebenfalls wertvolle Naturräume in Gefahr und Anwohner Lärm und Abgasen ausgesetzt. Der BUND setzt stattdessen auf Alternativkonzepte, insbesondere eine ökologische Entwicklung der Region. Damit einhergehender sanfter Tourismus könnte nicht nur zur Erhaltung der Schönheiten der Landschaft beitragen, sondern auch die regionale Ökonomie stärken.

In **Biebesheim** hatte die Erörterung zur **Errichtung eines dritten Verbrennungsofens** bereits in den Vorjahren die völlig veraltete Technik der Anlage bloßgestellt. Die kommunale Arbeitsgemeinschaft der umgebenden Gemeinden und Landkreise – auf Anregung des BUND KV Groß-Gerau gegründet – hatte den Klageweg eingeschlagen. Dies führte 1993 zum Erfolg: Der dritte Ofen wurde nicht gebaut. Um die bestehende Anlage auszulasten, wurde allerdings in den folgenden Jahren verstärkt Giftmüll aus dem Ausland importiert, so auch 1997 unter der rot/grünen Landesregierung, was der BUND als „Skandalentscheidung“ mit Vehemenz ablehnte.

Während der Landesdelegiertenversammlung in Hanau-Wolfgang wurde die **Satzung** erneut geändert: Seitdem werden anstelle eines/einer ersten Vorsitzenden 5-7 gleichberechtigte SprecherInnen gewählt, jeweils 2 von ihnen vertreten den BUND nach außen.

In Sachanträgen traten die Delegierten gegen die weitere Nutzung der Kernenergie (Hanauer Atomfabriken, AKW Biblis) ein, für das Energiesparen und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und gegen einen Rückschritt im hessischen Naturschutz- und Planungsrecht.

Bei der BUNDjugend trat Veronika Becker-Rausch in diesem Jahr eine halbe Stelle als Verwaltungsangestellte an.

1994

1994

1994 wurden Pläne hessischer Politiker bekannt, das im südhessischen Ried gelegene Naturschutzgebiet und Europa-Reservat **Kühkopf-Knoblochsau** durch ein riesiges Dammbauwerk in ein Hochwasserrückhaltebecken zu verwandeln. Damit wäre dieses bedeutendste Auenschutzgebiet der alten Bundesländer mit europaweiter ökologischer Bedeutung zerstört worden. 1995 führte das große Engagement des BUND sowie weiterer Naturschutzorganisationen zum Erfolg: Die Pläne wurden zurückgezogen und diese naturnahe Flußauenlandschaft blieb erhalten.



Farbenfroh warb die BUNDjugend 1994 für das Motto „Mobil ohne Auto“. Foto: BUNDjugend.

Zum Hessestag 1994 in Groß-Gerau führte die BUNDjugend eine mehrtägige **Fahrrad-Sterntour** unter dem Motto „**Mobil ohne Auto**“ von Gießen und Wiesbaden aus durch. Anschließend präsentierten sich die Teilnehmer mit Ständen und Aktionen auf dem Hessestag. Der Fahrradsterntour nach Groß-Gerau folgten in den kommenden Jahren weitere Radtouren durch Hessen, die auf Umweltprobleme entlang der Strecke aufmerksam machten: 1998 die Tour „Woodsmog“ von Biblis nach Kassel gegen die Auswirkungen des Straßenverkehrs und 2002 die Tour „bike+ 10“ von Worms nach Göttingen, Zweig einer großen Sternradtour anlässlich der Umweltkonferenz in Johannesburg, die 10 Jahre nach dem Treffen in Rio de Janeiro stattfand.

1995

Die Landesdelegiertenversammlung 1995 in Marburg-Marbach stand unter dem Motto **„Zukunftsfähiges Deutschland – zukunftsfähiges Hessen“**, mit dem konkrete Reduktionsziele für den Stoff- und Energieverbrauch vorgestellt wurden. Es lehnte sich an die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die im Auftrag des BUND und von Misereor vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie erstellt worden war. Das neue Schlagwort lautete **„Nachhaltigkeit“**.

Das Jahr 1995 stand verstärkt unter dem Zeichen der Arbeit gegen die **Gentechnik**. Der BUND Hessen engagierte sich für den Öko-Landbau und gegen die Massentierhaltung und Verwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Er rief gemeinsam mit den Anbauverbänden Bioland und Demeter zu Spenden auf, um die Klage gegen gentechnische Freilandversuche in der Wetterau zu unterstützen.

Einen weiteren Schwerpunkt dieses Jahres bildete die **Fachtagung „Gesundheit und Umwelt“** am 10.6.1995 in Frankfurt. Es fanden Vorträge und Diskussionen über Umweltmedizin, Elektromog, ein Ökodorf-Projekt, Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen und Umweltängste statt.

Ende dieses Jahres gab der BUND-Landesverband zudem die Studie **„Integratives Verkehrskonzept Hessen“** heraus. Neben vielfältigen verkehrspolitischen Forderungen enthielt sie auch konkrete Alternativkonzepte zu Neubauvorhaben von Bahn und Straße sowie für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr.

Naturerfahrung und Naturkunde sind wichtige Bausteine der Umweltbildung der BUNDjugend. Hier ein Kind mit Käscher am Bach. Foto: BUNDjugend.



Titel der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“.

In Fortsetzung des Workshops „**Gesundheit und Umwelt**“, der 1995 stattgefunden hatte, gründete sich 1996 ein **BUND-Arbeitskreis** zu diesem Themenbereich. Er greift seitdem Aspekte wie Wechselbeziehungen zwischen Umweltbelastungen auf der einen und Krankheiten auf der anderen Seite sowie Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen auf.

Während der Landesdelegiertenversammlung in Frankfurt-Höchst kam es 1996 zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen zur Frage der **Haustürwerbung**. Um den Verband nicht zu zerreißen, verzichtete der Landesvorstand vorerst auf die Umsetzung des knappen Votums der Landesdelegiertenversammlung für professionelle Mitglieder- und Fördererwerbung an der Haustür. In späteren Jahren setzte sich die Linie durch, solche Werbungen dort durchzuführen, wo die Ortsverbände es wünschen und begleiten können.



Im Zentrum der landesweiten Arbeit stand 1996 die Kampagne zur **Kennzeichnung gentechnisch veränderter** Lebensmittel. Eine riesige zähnefletschende Gen-Tomate wurde als Blickfang für Aktionen von den örtlichen BUND-Gruppen in Kassel, Marburg, Limburg, Gießen und Usingen genutzt.

Die zähnefletschende Gen-Tomate.
Foto: BUND-Landesgeschäftsstelle.

Auch das bundesweite Projekt „**Zukunftswald 2000**“ wurde in Hessen umgesetzt. Der Ortsverband Alsfeld startete die Aktion mit einer Pflanzung von 200 heimischen Eschen, Ahornen, Eichen und Linden.

Im Werra-Meißner-Kreis initiierte derweil der BUND Hessisch Lichtenau das **Modellprojekt „Rotes Höhenvieh für die Landschaftspflege“** und setzte es gemeinsam mit einer Nutzgemeinschaft aus Landwirtschaft und Gewerbe mit Erfolg um. Die Ziele bildeten: extensive (anstelle von intensiver) Weidenutzung, Schutz einer vom Aussterben bedrohten Rinderrasse, Herstellung von Qualitätsprodukten und deren regionale Vermarktung, Verbraucherberatung und Verbesserung der Kommunikationsstruktur zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. Das „Rote Höhenvieh“ wurde 1997 von der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen als Nutztier des Jahres vorgestellt.

Auf der Landesdelegiertenversammlung in Gießen wurde über die leicht sinkende **Mitgliederzahl** in Hessen diskutiert, da dies eine geringere Zahl von aktiven Mitgliedern und sinkende Mitgliedsbeiträge bedeutete. Als Gegenmaßnahmen wurden mehr und bessere Öffentlichkeitsarbeit (z.B. auch im Internet) und professionelle Mitglieder- und Spendenwerbung beschlossen.

In **Kelkheim** gewann der BUND zusammen mit der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald den ersten **Bürgerentscheid** in der Geschichte der Stadt. Er richtete sich gegen den Bau eines Golfplatzes auf dem städtischen Rettershof. Die Wasserversorgung der Greens hätte zu massiven Beeinträchtigungen des Naturschutzgebietes Krebsbachtal geführt.

Auch der **Ortsverband Altstadt-Limeshain** engagierte sich stark. Für die Ausarbeitung eines Energie-Sparkonzepts, das den örtlichen Stromverbrauch um bis zu 30% senken und damit eine von Büdingen nach Altstadt geplante Hochspannungsleitung überflüssig machen könnte, wurde ihm 1997 der **Energie- und Umweltpreis der Schuler-Stiftung und des Wuppertal-Institutes** verliehen.

Im Schwalm-Eder-Kreis wurden BUND-Mitglieder in einer Blitzaktion Besitzer einer **Rhönshafherde**, um diese Tiere einer vom Aussterben bedrohten Haustierrasse vorm Schlachter zu retten. Der Landesverband übernahm daraufhin die Herde und setzte sie als „Landschaftspfleger“ für die wertvollen Grünlandgesellschaften im Biosphärenreservat Rhön ein.



Schäfer Weckbach mit der BUND-Herde. Gut zu erkennen ist der für Rhönshafe typische schwarze Kopf. Foto: Reiner Cornelius.

1998 verabschiedeten die Landesdelegierten in Frankfurt-Goldstein die Resolution „**Flugverkehr schädigt Mensch, Klima und Umwelt – kein Ausbau des Frankfurter Flughafens**“ und bekräftigten die Forderung nach einem Nachtflugverbot. Zudem wurde der Leitartikel „**Umwelt und Naturschutz sind die Grundlagen nachhaltiger Wirtschaft in einem zukunftsfähigen Hessen**“ beschlossen und alle Landtagsparteien zur Umsetzung der Beschlüsse des Umweltgipfels 1992 von Rio aufgefordert.

Die **BUNDjugend Hessen** verabschiedete 1998 Rahmenrichtlinien, die auf eine konsequente Umsetzung einer nachhaltigen und gesunden Lebensweise auf ihren Veranstaltungen zielte. Die Anreise erfolgt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die Verpflegung stammt überwiegend aus kontrolliert biologischen Anbau und aus der Region. Die Erfahrungen von über 15 Jahren in der Organisation von Bildungsarbeit wurden 2006 in der **Broschüre „Gesund durch die Freizeit“** zusammengefasst und herausgegeben.



*Buchenstämme im Kellerwald – Naturverjüngung und Totholz sind charakteristisch für naturgemäß bewirtschaftete Wälder.
Foto: Julia Beltz.*

Dieses Jahr brachte einen großen Rückschlag in den Bemühungen, in Nordhessen ein Buchenwaldgebiet zum **Nationalpark** auszuweisen. Der einst für Mitteleuropa typische Buchenwald war 1995 zum Biotop des Jahres gewählt worden. Nach 10 Jahren zähen Ringens auf Seiten des BUND Hessen und weiterer Naturschutzorganisationen wollte die hessische Landesregierung 1997 den Kellerwald im hessischen Kreis Waldeck-Frankenberg unter Schutz stellen. Doch durch Probleme vor Ort bekam sie 1998 „kalte Füße“ und stellte das Projekt ein. Im darauf folgenden Jahr wurden trotz großen Protestes sogar einige sehr alte Bäume in der Kernzone des Gebietes eingeschlagen. Aber auch in diesem

Fall zahlte sich das langjährige Engagement und die Hartnäckigkeit des BUND Hessen schließlich aus: 2003 erfolgte endlich die Entscheidung der Landesregierung, Teile des Kellerwaldes zum Nationalpark zu erklären (s. a. das Jahr 2004 in dieser Chronik).

In einem weiteren Bereich zeigte die Landesregierung 1998 gleichfalls mangelnde Beachtung des Naturschutzes und verstieß zudem noch gegen EU-Recht: Sie verschleppte die Benennung von Gebieten gemäß der **Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU**. Der BUND Hessen drängte daher in diesem und in den folgenden Jahren sehr darauf, die entsprechenden Vorgaben zu erfüllen.

1998 rückte auch der **Kühkopf** in Südhessen wieder ins Zentrum der BUND-Aktivitäten. Nachdem die Forstwirtschaft in diesem Gebiet 15 Jahre lang keine Abholzungen durchgeführt hatte, sollte 1997 wieder damit begonnen werden. Der BUND erreichte zusammen mit anderen Naturschutzorganisationen, dass diese Pläne nicht verwirklicht wurden und dass das Gebiet – und damit über 1.000 Hektar Wald – seit 1998 per Verordnung vor solchen Maßnahmen geschützt ist.

Auch 1999 gab's wieder eine Landesdelegiertenversammlung. Diesmal lautete das Motto „**Mehr Natur und der Mensch fühlt sich wohl**“. Zudem wurde der Einstieg in eine neue Energiepolitik gefordert mit dem Antrag „**Energiewende – Aufbruch in eine zukunftsfähige hessische Energiepolitik**“, der sich für Energieeinsparung, den Ausbau regenerativer Energien und für neue Arbeitsplätze ohne Atomkraft aussprach.

Ein neuerlicher **Umzug der Landesgeschäftsstelle** fand statt, und zwar diesmal nach Frankfurt-Niederrad in die Triftstr. 47. Als hauptamtliche Mitarbeiterin der BUNDjugend schied Veronika Beckeraus aus; an ihre Stelle traten die Jugendbildungsreferentin Barbara Michalski und der Umweltpädagoge Stephan Hübner.

1999 wurde das 1995 begonnene **Spendenprojekt Gentechnikklage** abgeschlossen, bei dem 160.000 DM für die Klage gegen Freisetzungsversuche von gentechnisch veränderten Raps- und Maispflanzen in der Wetterau gesammelt worden waren. Nach umfangreichen Aktionen vom BUND, den ökologischen Anbauverbänden sowie Bürgerinitiativen verzichtete die Firma Agrevo auf den Freisetzungsversuch. Die dadurch zum Teil nicht benötigten Spendengel-

1999

BUND-Landesvorsitzungsmitglied Eckhard Engert (links) überreicht Schecks an den Verein zur Förderung der biologisch-dynamischen Gemüsesaatzeit und an das Gen-ethische Netzwerk. Foto: BUND-Landesgeschäftsstelle.



der wurden dem „Verein zur Förderung der biologisch-dynamischen Gemüsesaatzeit“ sowie dem „Gen-ethischen Netzwerk e.V.“ zur Verfügung gestellt.

In Nordhessen hatte sich bereits 1996 eine regionale Aktionsgemeinschaft unter Mitarbeit der örtlichen BUND-Gruppen gegen die geplante **Autobahn A44 Kassel–Wommen** gebildet. Sie forderte anstelle der Autobahn den Ausbau des regionalen Nahverkehrssystems, die Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene und ein striktes Nachtfahrverbot für LKW auf der B7. Ortsumgehungen für die B7 wurden aufgrund der hohen Belastung der ansässigen Bewohner akzeptiert. Da die Proteste der Aktionsgemeinschaft nichts fruchteten, beschloss der BUND 1999, eine Verbandsklage gegen den Bau der A44 einzureichen.

2000

In diesem Jahr wurde bei der BUNDjugend eine Stelle für das **Freiwillige Ökologische Jahr** eingerichtet. Seitdem werden die hauptamtlichen Mitarbeiter jeweils ein Jahr lang von einem jungen Menschen unterstützt, der die Arbeit dieser Jugendorganisation besser kennen lernen und mitgestalten möchte.



Mit der Fortbildungsreihe „**Öko-Führerschein**“ konnte die BUNDjugend von 2000 bis 2004 viele Jugendliche fit für den Umweltschutz machen. An zwei Wochenenden und während drei fünftägigen Seminaren wurden die Themen Wald, Wasser, Abfall, Landwirtschaft und Ernährung

Exkursion im Rahmen des Öko-Führerscheins: Mit der BUNDjugend Gießen zu einer Kühlschrank-Recyclinganlage. Foto: BUNDjugend.

2000

sowie Verkehr, Energie und Klima behandelt. Außerdem wurde methodisches Wissen im Bereich Gruppenleitung, Projektplanung und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vermittelt.

Thematisch stand das Jahr 2000 im Zeichen der Auseinandersetzungen über **Atomkraft** und die **Erweiterung des Frankfurter Flughafens**. Die rot/grüne Bundesregierung hatte mit den Kraftwerksbetreibern Gesamtlaufzeiten vereinbart, die den Ausstieg weit in die Zukunft verschoben. (Heute wollen die Betreiber nicht einmal diese laschen Vereinbarungen einhalten!) Dagegen betonte der BUND seine Forderung zum Sofortausstieg aufgrund der Gefährdung von Mensch und Umwelt durch die Nutzung der Kernenergie. Der Landesverband wies insbesondere auf die Defizite des AKW Biblis hin, als wären: Fehlen einer externen Notstandswarte, unzureichende Erdbeben- und Störfallfestigkeit wichtiger Komponenten, mangelhafte Qualität der Werkstoffe, unzureichende Beherrschung von Störfällen und Sabotageakten.

Ebenfalls 2000 scheiterte das **Mediationsverfahren zum Frankfurter Flughafen**. Der BUND Hessen blieb bei seinen Forderungen „Nein zum Ausbau“ und „Lärmschutz sofort“ und wird gegen den Bau einer neuen Landebahn alle Rechtsmittel ausschöpfen.



Auf der Landesdelegiertenversammlung am 24. März 2001 in Frankfurt-Goldstein wurde der **Vorstand** wieder bzw. neu gewählt. Mitglieder des Vorstands siehe Foto links.

Vorne: Stephan Henrich, Wetztenberg; Brigitte Martin, Darmstadt; Peter Hansen, Frankfurt; Dr. Lutz Katzschner, Kassel (Fachratssprecher); Herwig Winter, Mörlenbach. Hinten: André Brumund, Frankfurt; Jörg Nitsch, Obertshausen; Sebastian Dern, Friedberg (BUNDjugend); Walter Raiss, Mörfelden-Walldorf. Wiedergewählt als Schatzmeister wurde: Stefan Baumgardt, Rimbach (nicht auf diesem Foto). Foto: BUND-Landesgeschäftsstelle

2001

2001 beantragte der Kraftwerksbetreiber von Biblis ein **Standort-Zwischenlager für 128 Castor-Behälter** mit abgebrannten Brennelementen sowie ein Interimslager (für die Zeit bis zur Fertigstellung des Zwischenlagers). Der BUND Hessen setzt sich vehement gegen solche Lager ein, da sie nicht ausreichend gegen Erdbeben, Flugzeugabstürze, Hochwasser und Sabotageakte geschützt wären.

Am 2.9.2001 fand der **Aktionstag „Natur erleben – Rheinauen erhalten“** statt, der durch das Aktionsbündnis Rheinauen (Zusammenschluss von BUND, HGON, NABU, VCD u.a. örtlichen Gruppen) organisiert worden war. Die Veranstaltung hatte zum Ziel, das Europa-Reservat „Rheinauen“ bekannt zu machen, für dessen uneingeschränkte Erhaltung zu werben und damit eine mögliche Straßen-

brücke zwischen Bingen und Rüdelsheim zu verhindern.

Ebenfalls in diesem Jahr erwarb der BUND eine Herde von **Moor- und Heidschnucken**, zwei alten Landschaft-Rassen, zur Pflege von südhessischen Naturschutzflächen.

Seit 2001 bildet der Bereich **Ernährung, Landwirtschaft und**

grüne Gentechnik ein wichtiges Schwerpunktthema in der Öffentlichkeitsarbeit der **BUNDjugend**. Beim evangelischen Kirchentag 2001 und auf den Jugendkirchentagen 2002 in Gießen, 2004 in Wiesbaden und 2006 in Bad Nauheim-Friedberg war die BUNDjugend jeweils mit einem großen Aktionsstand vertreten. So stand zum Beispiel 2004 die aufblasbare Gentomate in den Grünanlagen vor dem Wiesbadener Bahnhof. Mit einem Quizrad sowie einer Ausstellung zum Thema Ernährung und Landwirtschaft wurden die Jugendlichen angeregt, sich mit dem Thema auseinander zu setzen.



Das Quizrad auf dem Jugendkirchentag 2004 in Wiesbaden.
Foto: BUNDjugend.

Im Jahr 2002 starteten die Landesdelegierten die Initiative **„Aufbruch im VerBUND“**. In Anlehnung an die Basisbewegung „Aufbruch – anders besser leben“ setzten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Versammlung ein Zeichen und verpflichteten sich, ihr privates Konsumverhalten zu überprüfen und schrittweise ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Im Laufe des folgenden Jahres wurden auch Mitwirkende aus dem Kreis der Mitglieder gewonnen, über deren Erfahrungen im Rahmen der Initiative regelmäßig in den BUND-Medien berichtet wurde.

Dieses Jahr brachte einen großen Erfolg für die Naturschutzarbeit des BUND: Mit Hilfe einer **Verbandsklage** konnte der Bau der **Autobahn A 44** im Abschnitt Hessisch Lichtenau vorerst gestoppt werden, weil „der Planungsträger den Anforderungen des europäischen Naturschutzrechts, nämlich der Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Richtlinie, nicht gerecht geworden ist.“

Einen weiteren Durchbruch stellte die Ausweisung der **Tongrube Mainhausen als Naturschutzgebiet** dar. Diese sollte in den späten 70er Jahren als Deponie für Sondermüll und später für Bauschutt und Erdablagerungen genutzt werden (s.a. Jahr 1978 dieser Chronik). Dadurch wäre ein inzwischen entstandener Lebensraum zerstört worden, der unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes wertvoll ist, da er z.B. neben vielen anderen Raritäten den seltenen Schwarzhalstaucher beherbergt. Der BUND erinnerte an den Antrag auf Ausweisung als Naturschutzgebiet aus dem Jahr 1994 und stellte klar, dass er eine rechtswidrige Zerstörung mit einer Verbandsklage verhindern werde. Dies führte zu einem Einlenken der politisch Verantwortlichen, so dass die Tongrube auch als Vogelschutzgebiet für das europäische Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ gemeldet werden konnte.

Europäische Sumpfschildkröte, die in Hessen vom Aussterben bedroht ist. Der BUND rief ein Artenschutzprojekt ins Leben, für das sich insbesondere die Ortsverbände Frankfurt und Offenbach engagierten.

Foto: Karl-Heinz Pfeifer



Inhaltlicher Schwerpunkt der Naturschutzarbeit des Jahres 2002 bildete die Auseinandersetzung mit dem **Raumordnungsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens**. Der BUND legte eine Stellungnahme von 194 Seiten vor, die Vorstandsmitglieder Brigitte Martin und Walter Raiss sowie der Naturschutzreferent Thomas Norgall nahmen an dem dreiwöchigen Erörterungstermin teil. Sie wiesen das Regierungspräsidium Darmstadt und die Öffentlichkeit eingehend auf die Problematik der Fraport-Pläne hin. Als Beispiele sollen hier nur genannt werden: Die Flughafenkapazität ist ohne Ausbau und mit Ausbau jeweils deutlich größer als behauptet. Zentrale Sicherheitsfragen sind unklar (Stichwort: Vogelschlagrisiko). Der Waldverlust ist deutlich größer als behauptet. Europäische Vogelschutzgebiete werden beeinträchtigt bzw. zerstört. Die Lärmgutachten sind nicht haltbar. Das Vorhaben verstößt gegen den Bannwaldschutz. Die Arbeitsplatzprognose wurde gegenüber der sogenannten „Mediation“ um 75 Prozent reduziert. Hierbei ist der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen – zumindest im Rhein-Main-Gebiet – durch die geplante Umsiedlung des Chemiewerks Ticona noch gar nicht berücksichtigt.

Während der Landesdelegiertenversammlung am 15. März 2003 ernannten die 132 Delegierten unter lang anhaltendem Beifall das ausscheidende Vorstandsmitglied **Walter Raiss** zum Ehrenmitglied des BUND Hessen. Nach zwanzigjähriger Zugehörigkeit zum Landesvorstand kandidierte der 76-Jährige nicht mehr für dieses Amt. Vorstandskollege Jörg Nitsch betonte in seiner Laudatio die besonderen Verdienste

von Walter Raiss und dankte ihm für seine Arbeit.



Walter Raiss spricht zu den Delegierten auf der Landesdelegiertenversammlung 2003. Wenig später wird er unter großem Applaus der Anwesenden zum Ehrenmitglied ernannt.

Foto: BUND-Landesgeschäftsstelle.

Die Unterstützung der Arbeit in der Landesgeschäftsstelle durch Zivildienstleistende hatte sich in den vergangenen Jahren aufgrund deren verkürzter Dienstzeit immer schwieriger gestaltet. Als deren Ersatz wurde im Juni 2003 deshalb Ulrike Karlheim für allgemeine Bürotätigkeiten eingestellt.

Im Juli 2003 feierte die **BUNDjugend Hessen** ihren **20. Geburtstag** mit einer großen Party in der Nähe von Gießen. Ehemalige und gegenwärtig Aktive waren eingeladen zu einem erstklassigen Festbuffet, zum Austausch von Erinnerungen und einem Überraschungsprogramm (weitere Informationen direkt über die BUNDjugend Hessen, Triftstr. 47, 60528 Frankfurt, Tel 069/677376-30 oder unter www.bundjugendhessen.de.)



Demo der BUNDjugend gegen Autoverkehr während einer Sommerfreizeit auf Sylt. Foto: BUNDjugend.

Ebenfalls 2003 startete der BUND Hessen einen neuen Service für seine Mitglieder: den **Eco-Club**. Seitdem können alle Mitglieder nachhaltige und ökologisch sinnvolle Angebote aus den Bereichen Energie, Vermögen, Versicherungen, Freizeit und Urlaub sowie Haus und Wohnung nutzen und durch besondere BUND-Rabatte dabei auch noch sparen.



Am 13. Oktober 2003 gründeten Umweltverbände (BUND, Greenpeace), Verbände des ökologischen Landbaus, die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, attac, der Umweltbeauftragte der evangelischen Kirche Kurhessen und Waldeck sowie verschiedene Gruppierungen der Lebensmittelwirtschaft das **Aktionsbündnis „Keine Gentechnik auf Hessens Feldern und in Hessens Lebensmitteln“**. In der „Wiesbadener Erklärung“ legte das Bündnis seine Ziele und Forderungen an die hessische Landesregierung, die hessischen Landwirte und die Verbraucher für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung vor.

Zum Raumordnungsverfahren der geplanten **ICE-Neubaustrecke zwischen Frankfurt-Flughafen und Mannheim** (ICE NBS Rhein/Main – Rhein/Neckar) erarbeitete der BUND eine umfangreiche Stellungnahme. Im Mittelpunkt stehen dabei die Forderungen nach größtmöglicher Schonung der Natur und bestmöglichem Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Erschütterung.

Für das **ICE-Projekt Main – Kinzig – Fulda** brachte der BUND einen eigenen Vorschlag in die Planungsüberlegungen ein. Der BUND Hessen sprach sich gegen komplette Neubaulösungen im Spessart (sog. Mottgersspange) oder im südlichen Kinzigtalkorridor, sondern für eine modifizierte Aus- und Neubaulösung im Kinzigtal aus.

Zudem stand auch das Jahr 2003 inhaltlich unter dem Zeichen des geplanten **Flughafenausbaus in Frankfurt**. Neben der fachlichen musste der BUND sich ebenfalls auf eine juristische Auseinandersetzung vorbereiten und rief zu Spenden für die anwaltliche Vertretung im Planfeststellungsverfahren und eine mögliche Verbandsklage auf. Die Fachleute des BUND wiesen die Öffentlichkeit auch auf den Zusammenhang zwischen dem Bau der Wartungshalle für den A 380 (das größte Flugzeug der zivilen Luftfahrt) und den Flughafenausbau hin. Sie betonten den Naturschutzwert der Bannwälder rund um den Frankfurter Flughafen. So hat der bundesweit gefährdete Hirschkäfer im Kelsterbacher Wald sein größtes hessisches Vorkommen und südlich des Flughafens wurde großflächig die höchste Dichte des Mittelspechts in Deutschland nachgewiesen. Dies sind nur zwei Beispiele für viele seltene Tiere (und auch Pflanzen), deren Lebensraum sich rund um den Flughafen befindet und die bei einem Ausbau gefährdet wären.



Die Umweltmesse „**ÖKO-TRENDS**“ fand 2003 bereits zum 4. Mal in Gelnhausen statt. Organisiert wird sie vom BUND Ortsverband und der Stadt Gelnhausen.
Foto: Stephan Consemüller.



Einige Kisten der Ausstellung „**Unter den Tellerrand geschaut**“. Foto: BUNDjugend.

Die Ausstellung der BUNDjugend „**Unter den Tellerrand geschaut**“ zum Themenkomplex Ernährung, Landwirtschaft und Grüne Gentechnik befindet sich in 10 aufklappbaren Kisten, die mit Hilfe von Modellen und Texten Informationen zu einzelnen Themenfeldern wie Bioanbau oder Zusatzstoffen in Lebensmitteln geben. 2003 wurde die Ausstellung mit dem Innovationspreis des Hessischen Jugendrings ausgezeichnet.



Die Kiste „**Fertiggerichte**“ macht anschaulich, was sich alles in unserer Nahrung verbirgt.
Foto: BUNDjugend.

Schwerpunkthemen der Landesdelegiertenversammlung am 27. März 2004 stellten die **Nachwuchsförderung** und die **Nachwuchsarbeit** im BUND und in der BUNDjugend dar. In mehreren Referaten und Beiträgen wurden die Möglichkeiten erörtert, das freiwillige Engagement, besonders von jungen Aktiven, zu stärken.

2003 hatte das siebzehnjährige Ringen des BUND Hessen um einen **Buchenwald-Nationalpark** endlich zum Durchbruch geführt: Der **Kellerwald** sollte nun unter Schutz gestellt werden, nachdem die Landesregierung durch Probleme vor Ort 1998 noch „kalte Füße“ bekommen und das Projekt eingestellt hatte. Doch die Überzeugungsarbeit des BUND und anderer Naturschutzverbände führte zu einem Meinungsumschwung in der Region und so konnte am 25. Mai 2004 die Einrichtung des Nationalparks in großem Stil von und mit allen Beteiligten gefeiert werden.



Bei der offiziellen Eröffnung des Nationalparks Kellerwald am 25. Mai 2004 war der Andrang groß.
Foto: Thomas Norgall.

Im gleichen Jahr spielte die **Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)** der EU auch beim BUND Hessen eine wichtige Rolle. Ziel der WRRL ist es, für Oberflächengewässer einen guten ökologischen und chemischen sowie für das Grundwasser auch mengenmäßigen einen befriedigenden Zustand bis zum Jahr 2015 zu erhalten bzw. herzustellen. Im Laufe des Jahres 2004 sammelte der BUND-Arbeitskreis Wasser

in Koordination mit dem Landesvorstand Daten zu diesem Themenbereich, erarbeitete eine umfangreiche Stellungnahme zur Bestandsaufnahme des Hessischen Umweltministeriums und nutzte damit die Chance, Hessens Wasserpolitik positiv zu beeinflussen.

Ebenfalls in diesem Jahr wurden im Rahmen der Naturschutzarbeit das **BUNDprojekt „Ein Rettungsnetz für die Wildkatze“** gemeinsam mit den Landesverbänden Thüringen und Bayern sowie der verbandsübergreifende **Arbeitskreis „Hessenluchs“** gegründet. Mit Hilfe des „Rettungsnetzes“ will der BUND den Biotopverbund für die Wildkatzen wiederherstellen; der Arbeitskreis „Hessenluchs“ will die Öffentlichkeit über das „Pinselohr“ informieren und befasst sich mit seiner Rückkehr und der Möglichkeit einer dauerhaften Etablierung in unserem Bundesland.



Luchskatze mit Jungem im Gatter.
Foto: Andreas Sommer.

Zudem verstärkte der BUND Hessen 2004 seine Aktivitäten am **„Grünen Band“**, dem ehemaligen Todesstreifen zwischen BRD und DDR. Der Beauftragte des BUND Hessen für das Grüne Band, Dr. Reiner Cornelius, organisierte zahlreiche Veranstaltungen vor Ort, bei denen die interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Naturschätze dieser Region entdecken konnten.

Einen weiteren Schwerpunkt der BUND-Arbeit stellte auch in diesem Jahr das Engagement gegen den **Flughafenausbau** dar. Der Landesvorstand Hessen entschloss sich, gegen die Erweiterung und Neuerichtung der Flugzeug-Wartungsanlage für die Condor Cargo Technik (CCT-Werft) **Verbandsklage** einzureichen. Das Vorhaben war vom hessischen Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) in einem behördeninternen Verfahren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung im November 2003 genehmigt worden. Da die Naturschutzverbände nicht beteiligt und wesentliche Naturschutzgesichtspunkte falsch bewertet worden waren, sah sich der BUND gezwungen, seine Position im Klageweg geltend zu machen.

2005 fand die Landesdelegiertenversammlung in Kelsterbach statt. Neben den Themen „Flughafenausbau“ und der Aktion „Abenteuer Schmetterling“ (beide siehe unten) beschlossen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einstimmig den Leitantrag **„Flächenverbrauch stoppen – Zukunftsfähigkeit sichern“**. In ihm wird darauf hingewiesen, dass derzeit in Hessen täglich 5–6 Hektar Fläche versiegelt werden (das entspricht im Jahr etwa einer Fläche von 3.000 Fußballfeldern). Zur drastischen Reduktion des Flächenverbrauchs forderten die Delegierten zukunftsfähige Lösungsstrategien, die natur- und sozialverträglich sind, zum Beispiel die Sanierung von Gebäuden an Stelle von Neubauten.

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit stand 2005 wiederum der geplante **Ausbau des Frankfurter Flughafens**. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens rief der BUND alle Betroffenen zu Einwendungen auf, um ihre Ansprüche bezüglich gesundheitlicher Aspekte und der Wertminderung ihrer Immobilie zu wahren. Am 14. März 2005 wurde die 458-seitige Stellungnahme des BUND Hessen fristgerecht beim Regierungspräsidium Darmstadt eingereicht. In ihr wurden zahlreiche gravierende Planungsdefizite wie unzureichende Alternativprüfungen und Umweltkonflikte wie das erhöhte Vogelschlagrisiko und die steigende Luft- und Lärmbelastung angeführt. Der zentrale Kritikpunkt betraf den geplanten Standort für die Landebahn Nordwest im Kelsterbacher Wald. Dort sind neben zahlreichen Tier- und Pflanzenarten sechs europäische Schutzgebiete, darunter auch ein „artenreicher Borstgrasrasen“, gefunden worden, der nach den Bestimmungen der Fauna-Flora-Habitat Richtlinie der EU (FFH-Richtlinie) als sogenannter „prioritärer Lebensraum“ eingestuft werden muss.

Einen knappen Monat später, am 9. April 2005, führten die Landesdelegierten im Rahmen der in Kelsterbach stattfindenden Landesdelegiertenversammlung eine Kundgebung gegen den Flughafenausbau durch, um öffentlichkeitswirksam den Standpunkt des BUND zu unterstreichen.



Während der Kundgebung der Landesdelegierten gegen den Ausbau des Flughafens.
Foto: BUND-Landesgeschäftsstel-

Um den Ausbau des Flughafens ermöglichen zu können, musste die Landesregierung vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens den Landesentwicklungsplan ändern. Im Wissen darum, dass die Menschen in der Rhein-Main-Region durch den Ausbau erhebliche Nachteile erfahren werden, wollte die Landesregierung deren Beteiligung in einem öffentlichen Verfahren möglichst erschweren. Gegen diese Behinderung der Bürgerrechte haben der BUND-Landesverband Hessen und das Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau – Für ein Nachtflugverbot von 22.00 – 6.00 Uhr“ eine Beteiligung der Bürger in Form einer Unterschriftensammlung organisiert. Am 26. September 2005 konnten Vertreter beider Organisationen dem Hessischen Wirtschaftsministerium den Protest von 20.000 Bürgerinnen und Bürgern gegen die Festschreibung des Flughafenausbaus im Landesentwicklungsplan übergeben.

Viele hessische BUND-Gruppen und -Aktive beteiligten sich 2005 an der **Aktion „Abenteuer Schmetterling“**, die auf der Landesdelegiertenversammlung durch eine Mitarbeiterin der Bundesgeschäftsstelle vorgestellt worden war. Mit der gemeinsamen Aktion von BUND, ZDF und Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) sollte der Schutz der einheimischen Schmetterlinge und ihrer Lebensräume intensiviert, weitere Erkenntnisse zur Biologie der Arten gewonnen und die breite Öffentlichkeit nachhaltig für das Thema interes-

siert werden. Etliche Ortsverbände griffen das Thema auf, führten Schmetterlingstage, -Monitoring sowie weitere Aktionen mit viel Freude an den wunderbaren Geschöpfen durch. „Abenteuer Schmetterling“ fand so großen Anklang, dass die Aktivitäten 2006 fortgesetzt wurden.



Bei einer BUND-Exkursion beobachten Kinder ein Widderchen auf einer Ackerwitwenblume.

Fotos: Claudia Weiland.

Seit 2005 führt die BUNDjugend Hessen in Kooperation mit der Naturfreundejugend Hessen und Attac Frankfurt den **globalisierungskritischen Stadtrundgang** in Frankfurt durch. Die Führungen richten sich an Schulklassen und sollen die Schülerinnen und Schüler zur Reflexion des eigenen Konsumverhaltens anregen, indem sie die Auswirkungen der Produktion von Konsumgütern auf Umwelt und Lebensbedingungen der Menschen in der ganzen Welt aufzeigen. Anfang 2006 wurde das Projekt mit dem Umweltpreis der Irene und Carl Scherrer Stiftung ausgezeichnet. Ebenfalls anerkannt ist es als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Während der Landesdelegiertenversammlung am 18. März 2006 wurde ein neuer **Vorstand** gewählt. Stephan Henrich aus Heuchelheim und Peter Hansen aus Frankfurt traten nicht wieder zur Wahl an und wurden mit Applaus verabschiedet. Wiedergewählt wurden als gleichberechtigte Landesvorstandssprecher Brigitte Martin aus Darmstadt, Otto Löwer aus Kassel, Jörg Nitsch aus Obertshausen, Dirk Teßmer aus Heuchelheim und Herwig Winter aus Mörlenbach. Als Schatzmeister wurde Martin Stichel aus Hasselroth wiedergewählt. Vertreter des Fachrates im Landesvorstand ist Prof. Lutz Katzschner aus Kassel. Die BUNDjugend wird durch Rabea Lou Steinbrink vertreten. Neu in den Landesvorstand gewählt wurden Dr. Claudia Weiland aus Königstein und Hermann Maxeiner aus Hünfelden.



Vorne: Dr. Claudia Weiland, Jörg Nitsch, Brigitte Martin.

Hinten: Hermann Maxeiner, Martin Stichel, Otto Löwer, Dirk Teßmer, Herwig Winter.

Nicht auf dem Foto:

Prof. Lutz Katzschner, Rabea Lou Steinbrink (BUNDjugend).

Foto: Julia Beltz.

Und so sieht's 2006 beim BUND Hessen aus: Es gibt ca. **21.000 Unterstützer in 23 Kreis- und 110 Ortsverbänden**, die sich flächendeckend über Hessen verteilen. Wie der BUND Hessen gegliedert ist, zeigt das Schaubild im Kapitel „Struktur des BUND Hessen“.

Vom 12. September 2005 bis 27. März 2006 fand der **Erörterungstermin für die geplante Nordwest-Landebahn** des Frankfurter Flughafens statt, zu dem über 127.000 Einwendungen von Bürgern, Kommunen und Verbänden vorlagen. Der BUND Hessen nahm mit mehreren Vertretern teil und informierte die Öffentlichkeit regelmäßig über den Ablauf der Veranstaltung. Der Landesvorstand bewertete den Erörterungstermin nach Abschluss als Erfolg für die Einwenderseite. Die zahlreichen und massiven Defizite in den zentralen Gutachten führten dazu, dass die überarbeiteten Planunterlagen erneut ausgelegt werden müssen.

Erfolg für den BUND auch beim Bundesverwaltungsgericht: Das Gericht bestätigte am 6. Dezember 2006 die Auffassung des BUND, dass er bei der Planung der drei Jahre zuvor genehmigten CCT-Halle angehört hätte werden müssen.

Am 1. April 2006 führte der Arbeitskreis Energie seinen dritten **Workshop** durch, diesmal zum Thema „**Solarthermie**“, nachdem 2004 bereits ein Workshop zum Thema „Strom“ und 2005 eine Veranstaltung zum Thema „Energie aus Biomasse“ mit großem Erfolg stattgefunden hatten.



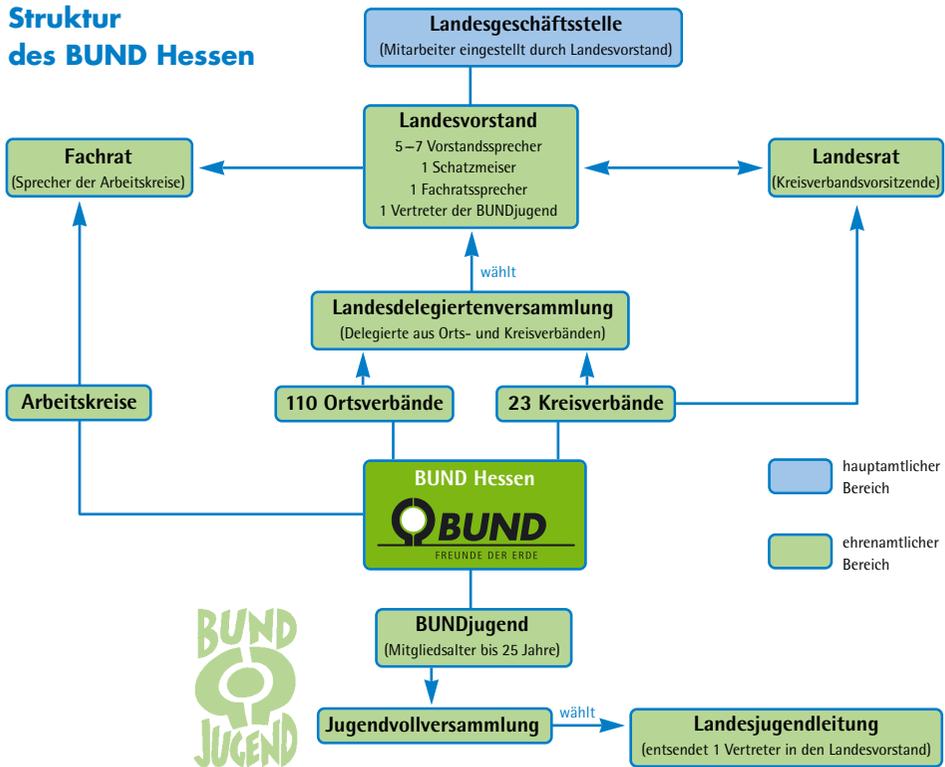
Demonstration in Biblis: auf dem Weg zum AKW. Foto: BUNDjugend.



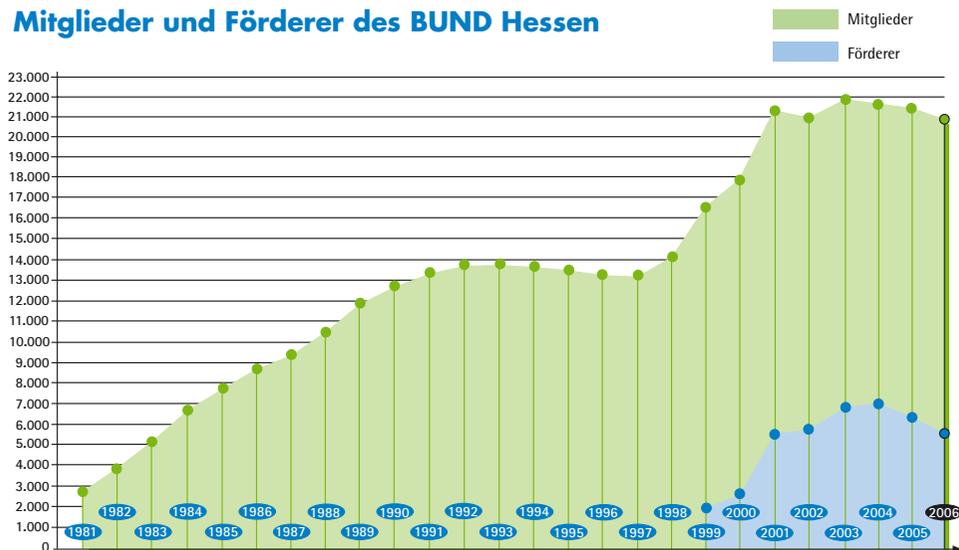
Die BUNDjugend vor dem Werkstor des AKW Biblis. Foto: BUNDjugend.

Anlässlich des **20. Jahrestages der Atomkatastrophe in Tschernobyl** am 26. April 2006 rief der BUND Hessen gemeinsam mit anderen Organisationen zur Demonstration „**AtomKraftWaffen Abschaffen**“ in Biblis auf. Die Katastrophe hatte in erschreckender Weise gezeigt, dass die Atomkraft unbeherrschbar ist. Die Reaktorblöcke Biblis A und B werden als einzige deutsche Atomkraftwerke ohne externe Notstandswarte betrieben und sie bieten keinen ausreichenden Schutz gegen Terrorangriffe mit Passagierflugzeugen. Daher sprach sich Vorstandssprecher Herwig Winter unter großem Beifall der Demonstrierenden gegen die von Roland Koch geforderte Laufzeitverlängerung für das AKW Biblis aus. Der Sofortausstieg und die Energiewende hin zu Erneuerbarer Energie und mehr Effizienz sei das Gebot der Stunde. Die Aktiven der BUNDjugend sorgten für Aufsehen, indem sie in „Strahlenschutzanzügen“ „Castorbehälter“ in Form bemalter Pappkartons zurück zum Erzeuger des Atommülls trugen. Außerdem konnten sich die Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit alternativen Energiebällchen bei der BUNDjugend stärken.

Struktur des BUND Hessen



Mitglieder und Förderer des BUND Hessen



Was bringt die Zukunft? Für diesen heimlichen Jäger vielleicht bessere Überlebenschancen – das BUND-„Rettungsnetz für die Wildkatze“ wird dabei helfen. Foto: Thomas Stephan.

Nun, das waren die ersten 30 Jahre BUND Hessen. Viel Engagement, viel Arbeit, viele Erfolge, aber auch etliche Misserfolge. Misserfolge leider gerade bei den „großen“ Themen wie Ausstieg aus der Atomenergie – das AKW Biblis hängt noch immer am Netz. Dennoch ist es wichtig, auch bei diesen Themen weiter am Ball zu bleiben. Man stelle sich nur vor, wo wir heute ständen, wenn der BUND und andere Umweltschutzorganisationen nicht zäh und beharrlich die Belange der Natur und damit auch der Gesundheit der Menschen verfolgten. NUKEM und ALKEM arbeiteten noch und in Nordhessen stände wahrscheinlich eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage.

Auf anderen Gebieten gab es wichtige Erfolge: Die Luft- und Gewässerqualität in Hessen wurde deutlich verbessert – wenn es auch hier noch einiges zu tun gibt. Mit dem Kellerwald wurde endlich ein Buchenwald-Nationalpark in Hessen eingerichtet, die Gruben Messel und Mainflingen-Mainhausen konnten für Natur und Wissenschaft gerettet werden. Und die Erfolge im „Kleinen“ sind ebenfalls hoch

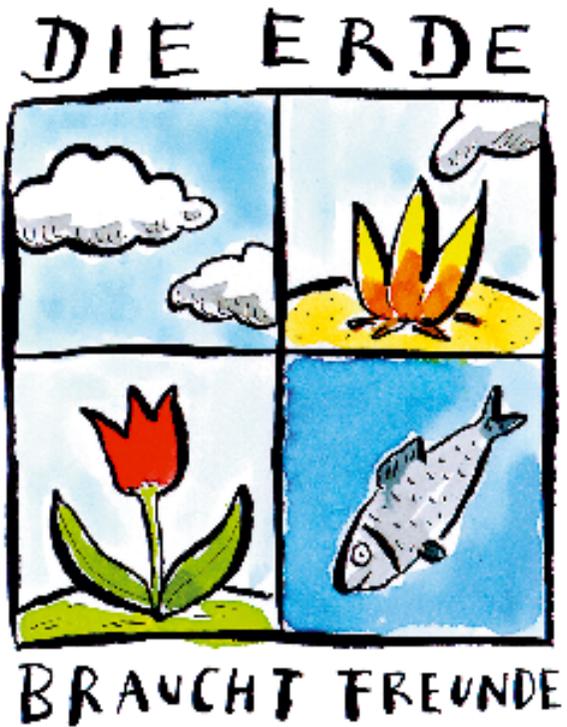
einzuschätzen: zum Beispiel in der Rhön die Erhaltung von Gebieten mit besonderen Pflanzengesellschaften, die von den „BUND“-Schafen beweidet werden, oder auch die renaturierte Nidda. Die „Wildnis“, von der Hubert Weinzierl schon vor vielen Jahren sprach, liegt auch in diesen vermeintlich kleinen Dingen und ist als „Frei“-Raum für Mensch und Natur so ungemein wichtig.

Und was steht an für die nächsten Jahre? Arbeit gegen das bereits genannte AKW Biblis, den Ausbau des Frankfurter Flughafens, für Wildkatze und Luchs und viele kleine und größere Projekte. Nicht zu vergessen die tatkräftige Arbeit der BUND-Aktiven vor Ort, die auch weiterhin Streuobstwiesen pflegen, Pony-Freizeiten für Kinder und vieles andere organisieren und damit ihr Engagement für die Umwelt und ihre Freude an der Natur zum Ausdruck bringen. Ebenso wichtig wird es sein, dass der BUND als kritischer Beobachter und Mahner weiter den Umwelt- und Naturschutzgedanken in Wirtschaft, Politik und zu den Menschen bringt. Hier ist besonders an die Weiterentwicklung von bereits in den letzten Jahren entwickelten Instrumenten zu denken: Nutzung der neuen Medien, Zusammenarbeit mit ökologisch arbeitenden Firmen und Einbindung der ökonomischen Macht der Verbraucher, z.B. gegen Gentechnik in landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln. Im umweltpolitischen Zusammenhang wird es auch eine wichtige Rolle spielen, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Umweltschutz in Hessen (und anderswo) nicht – wie aus kurzfristigem Denken heraus immer noch behauptet wird – Arbeitsplätze gefährdet, sondern durch seine Zukunftsfähigkeit per saldo Arbeitsplätze schafft.

Alles in allem: Es gibt noch viel zu tun. Natur- und Umweltschutz sind heute so wichtig und aktuell wie vor 30 Jahren. Deshalb:

Auf die nächsten 30 Jahre BUND Hessen!





Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Hessen e.V.

Triftstrasse 47, 60528 Frankfurt
Tel. 0 69 - 67 73 76 0
Fax 0 69 - 67 73 76 20

eMail: bund.hessen@bund-hessen.de
homepage: www.bund-hessen.de

1976 —————> 2006

30 Jahre BUND Hessen

Chronik



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Impressum

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Hessen e.V.

Dezember 2006

Text: Regine Müller unter Mitarbeit von Jörg Nitsch, Michael Rothkegel und Sabine Wolters (BUNDjugend)

Gestaltung: Julia Beltz

Druck: